

6mal wöchentl. Bezugspreis: für Juni 2 R.-M. auschl. Bestellgeld. Berechnung der Anzeigen nach Rent.-Markt. Preise: Die eingetragene Beilage 30 S., f. Familien- u. Vereinsang., Gesuche 20 S., Die Bettel-Kampagne 80 mm breit, 1 A. Offertengebühr für Selbstabholer 20 S., bei Ueberlieferung d. d. Post außerdem Porto- u. Zuschlag. Preis f. d. Einzelnummer 10 Renten-Pfennig. Geschäftslicher Teil: Josef Hofmann, Dresden.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anz.-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für unentgeltl. u. d. Fernver. übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. mit Rückporto nicht versehene Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Hauptredaktion: Dr. Josef Albert, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Geschäftsstelle der Sächsischen Volkszeitung im Druck und Verlag: Sächsische Buchdruckerei GmbH, Dresden-N. 10, Holbeinstr. 46, Fernruf 32723, Vol.-Schiffstr. Dresden 14797

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden - N. 10, Holbeinstr. 46, Fernruf 32723 und 32638

Politik und Wirtschaftskrise

Von Dr. Flügel.

Die außenpolitische Frage sollte im Augenblick die einzige Frage sein, auf die sich das gesamte politische Interesse konzentrieren müßte. Alle innenpolitischen Fragen treten an Bedeutung im Augenblick gegenüber den außenpolitischen weit in den Hintergrund. Das hindert natürlich nicht, daß das deutsche Volk seiner Tradition gemäß in innerer Zerrissenheit seine Kräfte erschöpft. Es ist begreiflich, daß die augenblickliche, scharfe Wirtschaftskrise die Aufmerksamkeit vieler von der wichtigsten Frage ablenkt, obgleich Wirtschaftskrise und äußere Politik zweifellos in einem inneren Zusammenhang stehen. Dabei verkennen wir durchaus nicht die letzten Ursachen unserer Wirtschaftskrise. Sie sind letzten Endes in einer Hypertrophie unserer gesamten Wirtschaft zu suchen. Das doch immerhin stark verfeinerte Deutschland hat gegenüber der Vorkriegszeit eine sehr stark erhöhte Produktionskapazität — nicht zuletzt eine Folge der Inflationszeit, wo das Schlagwort „Schwerve“ alle Geister gefangen hielt. — Jeder suchte das Papiergeld so rasch wie möglich loszuwerden, baute, kaufte Maschinen usw., um wenigstens einen realen Wert in Händen zu haben. Die fortschreitende Inflation ermöglichte auch den Betrieben eine Existenz, die an sich nicht nach kaufmännischen Grundsätzen geleitet, lediglich durch die fortschreitende Geldentwertung besichert konnten.

Die Stabilisierung der Mark hat mit einem Schlag die Höhe der künstlich aufgeblähten Wirtschaftskörper gesenkt. Zwar hatten die Fabriken mehr Maschinen, hatten unter Umständen größere Gebäude und dergleichen Dinge mehr, aber sie konnten keinen Absatz finden, der die Ausnutzung der erhöhten Leistungsfähigkeit ermöglicht hätte. Die Verkleinerung Deutschlands, der Verlust an Bevölkerung, der Verlust der Kolonien, die verminderte Konsumkraft der Bevölkerung und endlich die Unterbindung des Exportes durch Prohibitivzölle beschränkten die Absatzmöglichkeit an sich schon sehr stark gegenüber der Friedenszeit. Unter solchen Umständen ist es fast selbstverständlich, daß die erhöhte Produktionsfähigkeit nicht ausgenutzt werden kann.

Dazu kommt als Wirkung des Mißverhältnisses zwischen Kreditangebot und Kreditnachfrage, das vielfach als Ursache der Krise angesehen wird. Die Letztere ist, wie bei jeder Krise, insbesondere im Zusammenhange mit einer aufgeblähten Wirtschaft außerordentlich groß, das Erstere aber außerordentlich gering. Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Geldumlauf in Deutschland gegenüber der Friedenszeit verhältnismäßig klein ist. Den Geldumlauf in einem Umfange zu erhöhen, der dem gesteigerten Kreditbedürfnis entspricht, ist eine Unmöglichkeit, wenn wir die mühsam stabilisierte Währung nicht wieder ins Schwanken bringen wollen. Das ist die erste und entscheidendste politische Währungsmaßnahme: äußerste Vorsicht in der Vermehrung unseres Geldes, damit neue Inflationserscheinungen nicht wieder eintreten können. Die Reichsregierung hat sich sowohl in ihrer Finanz- und Wirtschaftspolitik fast ausschließlich von diesem Gesichtspunkte leiten lassen. Für den Einzelnen mögen sich daraus außerordentliche Härten ergeben, für die Gesamtheit ist die Politik die richtige. Man braucht bloß an die Inflationszeit zu denken, um sofort alle Maßnahmen, die eine neue Inflation begünstigen könnten, zu verurteilen. Die Inflation hat eine derartige materielle und kulturelle Verelendung über unser Volk gebracht, daß niemand große Lust verspüren kann, das Experiment noch einmal zu wiederholen, wobei wir von der Voraussetzung ausgehen, daß die Geld- und Kreditinflation, solange wir keine sicher fundierte, absolut stabile Währung haben, die gleiche verderbliche Wirkung haben muß. Viele lassen sich durch die augenblickliche Stabilität unserer Mark täuschen. Das Kunststück der Stabilisierung hat die Rentenmark fertig gebracht, wie man wohl sagen darf, zum Erlöschen sowohl des In- wie des Auslandes. Man muß sich aber darüber klar sein, — und die Rentenbank, die die Rentenmark herausgegeben hat, war nie anders gedacht — daß es sich bei der Rentenmark um eine Zwischenlösung handelt, die dauernd die Stabilität der deutschen Mark nicht bewirken kann. Das hat auch der Sachverständigenbericht klar ausgesprochen.

Die Politik Frankreichs, die in der Reparationsfrage bisher ein Mittel sah, um politische Zwecke zu erreichen, hat dazu geführt, daß Deutschland in zwei oder besser in drei Teile zerrissen worden ist. Am Rhein ist eine Zollgrenze errichtet worden; der ungehinderte Güterverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiete wurde dadurch unterbunden. Bei der wirtschaftlichen Verhinderung dieser beiden Gebiete, die sich historisch entwickelt hat, mußte die wirtschaftliche Loslösung des Rheinlandes vom übrigen Deutschland die schwersten wirtschaftlichen Folgen zeitigen. Zwar waren die Franzosen bestrebt, durch Niedrighaltung der Ausfuhrzölle aus dem besetzten Gebiet nach dem unbesetzten Handel und Industrie des besetzten Gebietes wenigstens notdürftig aufrecht zu erhalten. Dagegen wurde der Warenverkehr vom unbesetzten in das besetzte Gebiet fast vollständig unterbunden. Für viele Waren ist der von den Franzosen bei dem Güterverkehr aus dem unbesetzten in das besetzte Gebiet eingeführte Zoll so hoch, daß ein wirtschaftlicher Verkehr in dieser Richtung unmöglich ist. Das mußte sich selbstverständlich auf die Industrie und den Handel des unbesetzten Gebietes aus-

Das Interessengebiet Amerikas

Die Teilnahme der Union

Paris, 27. Juni. Wie aus Washington gemeldet wird, hat das Kommuniqué betreffend die Vertretung der Vereinigten Staaten auf der Londoner Konferenz folgenden Wortlaut:

Die amerikanische Regierung hat den Wunsch, daß der Dawesplan so schnell wie möglich angewendet wird. Sie hält diese Anwendung für wesentlich und sieht sie als einen ersten Schritt zur Wiederaufnahme des Außenhandels an, der für die Vereinigten Staaten von vitalen Interesse ist. Dem Vorschlag Kellog wurde daher als Antwort auf eine von dem Premierminister Macdonald ergangene Einladung Antwort erteilt, der Londoner Konferenz im Juli beizuwohnen, um sämtliche Fragen, soweit sie die Interessen Amerikas betreffen, zu verhandeln und gleichzeitig seine Regierung über sämtliche anderen Fragen auf dem Laufenden zu halten. Der Oberst Logan wird sich nach London begeben, um den Vorschlag in seinen Arbeiten zu unterstützen.

Die Aufgaben des Botschafters Kellog und des Obersten Logan sind von der amerikanischen Regierung als ungewöhnlich gekennzeichnet. Sie werden jedoch diesmal, wenn es sich um Probleme handelt, an denen Amerika interessiert ist, als Unterhändler auftreten und sich im übrigen bei allen anderen Fragen auf die Vollen von Beobachtern beschränken.

Die französische Botschaft am Vatikan

Paris, 27. Juni. (Trautbericht.) Der Zeitung „Le Figaro“ entnehmen wir folgende Darstellung: Es ist davon die Rede, daß der neue Außenminister den Botschafter der fremden Mächte nach Antritt seines Amtes einen Besuch abhalten, d. h. bei ihm seine Karte abgibt. Diesem Besuche folgend, fuhr Herrriot auch bei dem päpstlichen Nuntius Cerretti vor, um Absprachen mit der Karte in der Hand. Der Nuntius öffnete aber selbst, so daß Herrriot gezwungen war, einzutreten. Die Unterhaltung des geistreichen Botschafters mit dem Nuntiuspräsidenten über eine Stunde fort. Seit dieser Unterredung soll Herrriot in der Frage der Aufhebung der französischen Botschaft am Vatikan nicht mehr eine so unverändliche Haltung einnehmen, als vorher. Er will, wie bekannt, sich damit begnügen, den Botschafter am Vatikan zu beurlauben und an seine Stelle einen Geschäftsträger zu ernennen.

Die Amnestie wird durchgeführt

Berlin, 27. Juni. Der französische Ministerpräsident hat die deutsche Reichsregierung amlich davon in Kenntnis gesetzt, daß seine in der französischen Kammer abgegebenen Erklärungen über die Freilassung der Gefangenen und die Wiederzulassung der Ausgewiesenen bereits durch entsprechende Weisungen an die französischen Befehlshaber in die Tat umgesetzt worden sind. Wie die Meldungen aus dem letzten Bericht bestätigen, sind diese Weisungen schon seit einigen Tagen in der Durchführung begriffen.

Bisher sei schon für den französischen Befehlshaber in dem abbesetzten Gebiet 7500 Familien, also etwa 30 000 Personen, die Rückkehrerlaubnis erteilt worden. Am 25. Juni habe die Rheinlandkommission die Aufhebung weiterer Ausweisungen aus dem abbesetzten Gebiet in etwa dem gleichen Umfange beschlossen, so daß im ganzen ungefähr 15 000 Familien bzw. 60 000 Personen die Rückkehr in ihre rheinische Heimat ermöglicht ist.

nischen, wobei wir die Interessengemeinschaft aller im Erwerbsleben Tätiger als selbstverständlich voraussetzen. Das muß besonders den Kreisen gegenüber betont werden, die da meinen, schließlich würden durch derartige wirtschaftliche Eingriffe nur die Kapitalisten geschädigt, und die ihre Seharbeit aus dieser Ansicht gründen. Im Rahmen dieses Artikels ist nicht der Platz, auf den Interessenssolidarismus des gesamten deutschen Volkes einzugehen. Das ist ein Kapitel, das besonders behandelt werden soll. Es kam hier nur darauf an, diesen Interessenssolidarismus als Tatsache zu konstatieren.

Im besetzten Gebiete ist wiederum das Ruhrgebiet, das von dem unbesetzten Gebiet wirtschaftlich getrennt von dem abbesetzten Gebiet losgerissen worden ist. Hier übt die Soldateska ihre Macht. Wenn wir oben gesagt haben, daß Deutschland in zwei bzw. drei Teile gerissen worden ist, so trifft das im Grunde genommen noch nicht einmal zu, denn tatsächlich ist die Lage im Ruhrgebiet so, daß in jedem militärischen Abschnitt ein besonderes Recht herrscht, das auf die Wirtschaft den allergrößten Einfluß ausübt. Ein Charakteristikum für die wirtschaftlichen Verhältnisse im Ruhrgebiet bieten die bekannten Mikumverträge, die zwar Verträge heißen, aber nichts anderes sind, als ein staatlich organisierter Raub. Das Furchtbare hierbei ist, daß der Wirtschaft des Ruhrgebietes dadurch Kosten auferlegt werden, die sie nicht lange mehr ertragen kann. Tatsächlich befindet sich der Bergbau in ungeheuren finanziellen Schwierigkeiten, worüber man sich nicht zu verwundern braucht, wenn man bedenkt, daß die ungeheure Menge an Kohlen ohne Entgelt den Franzosen übergeben werden muß. Die sozialen Kämpfe im Bergbau in der letzten Zeit sind ein sprechender Beweis dafür, wie sehr der Bergbau unter diesen Verhältnissen leidet.

Annahme oder Ablehnung des Sachverständigen-Gutachtens ist die große Frage des Augenblicks. Zwei Fragestellungen haben sich im Verlauf des Kampfes für und gegen die Annahme klar herausgestellt. Die Einen sagen: Wir können das Sachverständigen-Gutachten praktisch

Gleiche Maßnahmen sollen für das neu besetzte Gebiet ergehen. Sonach ist damit zu rechnen, daß in kürzester Frist dem größten Teile der Ausgewiesenen die Rückkehr ermöglicht und der Mehrzahl der Gefangenen aus der Zeit des Ruhrkampfes die Freiheit wiedergegeben wird. Auch Gefangene aus St. Marcin de Re und anderen französischen Strafanstalten sind gemäß den Zusagen der französischen Regierung in Gefängnisse des besetzten Gebiets zurückgeführt worden.

Unsere Wünsche in dieser dem deutschen Volke und der deutschen Regierung so sehr am Herzen liegenden Angelegenheiten sind durch die Initiative der Regierung des Herrn Herrriot ihrer Verwirklichung einen erheblichen Schritt näher gebracht worden. Möge das Echo, das dieser den französischen Verstand, dieungewillene Entschluß in Deutschland sicher finden wird, mit dazu beitragen, daß auch die jetzt noch bestehenden Maßnahmen baldmöglichst aufgehoben und damit in volle sätzliche Befreiungen und Ausgewiesenen die Freiheit und die Heimat wiedergegeben werden.

Soesch wieder in Paris

Paris, 27. Juni. Der deutsche Botschafter v. Soesch ist von seiner Reise aus Berlin zurückgekehrt und hat die Geschäfte der Botschaft wieder übernommen.

Macdonald weiß nichts von Unstimmigkeiten

London, 27. Juni. Im Unterhause wurde gestern die Aufmerksamkeit Macdonalds auf die Unterredung gerichtet, die der französische Ministerpräsident bezüglich der Verhandlungen gab und worin berichtet wurde, daß er von Macdonald das Bestreben erhalten habe, im Falle eines nicht berechneten Angriffs Deutschlands würde Großbritannien, so wie 1914 zur Seite Frankreichs und Belgiens treten, und daß er die Zustimmung zu einem solchen Fall erhalten habe, der England, Frankreich und Belgien binde. Der britische Ministerpräsident erwiderte, er sei sehr überrascht, daß die Behauptungen der Gegenpartei falsche Darstellungen und Fälschungen geworden seien. Das amtliche Communiqué, das am Sonntag veröffentlicht wurde, habe das ganze Gebiet der Verhandlungen umfaßt und die Erklärungen, die er am Montag im Unterhause abgegeben habe, hätten den Gehalt der Verhandlungen genau und vollständig ange- deutet.

Chamberlain wies auf die verschiedene Auslegung der Verhandlungen hin und fragte, ob die britische oder die französische Version über die zustandgekommene Einigung in Chequers die richtige sei. Macdonald erwiderte: Daß er beide Communiqués gelesen habe, doch könne er durchaus keine verbindliche Auffassung in ihnen entdecken.

Die britische Presse tadelt Macdonald wegen Geheimräumerei. Zu gut unterrichteten Kreisen ist man der Ansicht, daß das, was die beiden Ministerpräsidenten in ihrem Zusammenkommen planten, ein nicht aggressives Abkommen gewesen sei, das den Statuten des Völkerbundes entspricht und dem auch Deutschland als gleichberechtigter Signatarstaat beitreten sollte. — Es verläutet ferner, daß deutsche Delegierte nach London geladen werden sollen, sobald die interalliierte Konferenz ihr Programm zur Ausführung des Dawesberichtes aufworfen hat und erwartet, daß deutsche Bevollmächtigte im Laufe der nächsten 14 Tage in London eintreffen werden.

nicht ausführen. Das Sachverständigen-Gutachten setzt eine Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes voraus, die nicht vorhanden ist, unausführbare Verpflichtungen aber übernehmen wir nicht. Die anderen sagen — und die betrachten das Sachverständigen-Gutachten unter politischen Gesichtspunkten und nicht als Ende, sondern als vielleicht verheißungsvoller Beginn der Lösung der Reparationsfrage —: Können wir das Sachverständigen-Gutachten überhaupt ablehnen? Die Frage, ob wir das Sachverständigen-Gutachten erfüllen können, bleibt offen. Sicher ist, daß es dem deutschen Volke ungeheure Kosten auferlegt, deren Leistungsmöglichkeit von der Entwicklung unserer Wirtschaft wesentlich bedingt ist. Vielleicht legt es aber auch den anderen Verpflichtungen auf — wir denken hier vor allem an die Uebertragung von Geld ins Ausland — die sie nicht erfüllen werden können. Und trotzdem hat sich die Regierung auf dem Standpunkt gestellt, daß wir das Sachverständigen-Gutachten nicht ablehnen können. Würden wir es tun, so würden wir den Poincaristen Wasser auf ihre Mühle laden. Wenn man sich auch wegen des Ausfalles der französischen Wahl nicht Illusionenergeben darf, so scheint doch festzustellen, daß man nunmehr auch in Frankreich versucht, eine Lösung der Reparationsfrage auf wirtschaftlicher Grundlage zu finden, wobei ein berechtigtes Mißtrauen gegenüber der französischen Regierung durchaus am Platze ist. Aber wenn wir jetzt das Gutachten ablehnen würden, so würden wir die ganze Welt in der Beurteilung Deutschlands zusammenschmeißen und Poincare würde sicher nicht zögern zu sagen: Das Gutachten ist von hervorragenden Sachverständigen des Wirtschaftslebens abgegeben worden, die nach genauer Prüfung aller einschlägigen Verhältnisse zu dem im Gutachten festgelegten Darstellungen gekommen sind. Trotzdem will Deutschland sich nicht auf den Vorschlag des Sachverständigen-Gutachtens stellen. Damit ist aber der Beweis erbracht, daß Deutschland überhaupt nicht gewillt ist, etwas zu leisten.“ Die Poincaristen würden daraus den Schluß ziehen, daß das Deutsche Reich Freibeute ist, wo sie ihre politischen Ziele reiflos verwirklichen können — sie könnten diesen Schluß umso-